Nachbericht zur Veranstaltung:

Aktueller Antisemitismus und gesellschaftliche Gegenstrategien

Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit: Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., VHS Köln und Kölner Stadtanzeiger (KStA)

In den vergangenen Jahren häufen sich antisemitische Vorfälle in Europa. Menschen wurden durch Terroranschläge ermordet, weil sie Juden waren oder den Attentätern als Juden galten. In Deutschland stieg die Zahl der polizeilich registrierten antisemitischen Straftaten vom Jahr 2013 bis zum Jahr 2014 um ca. 10 Prozent. Die Sicherheitslage für Juden in Deutschland scheint zunehmend prekärer zu werden, was wiederum

Fragen nach der demokratischen Verfasstheit der bundesrepublikanischen Bevölkerung aufwirft. Vor diesem Hintergrund hätte die Veranstaltung des Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. sowie der VHS Köln und dem Kölner Stadtanzeiger kaum mehr Brisanz und Aktualitätsbezug haben können. Zur Podiumsdiskussion „Aktueller Antisemitismus und gesellschaftliche Gegenstrategien“ luden die Kooperationspartner interessierte Bürger_innen am 15. Juni 2015 in das Forum der Volkshochschule im Rautenstrauch-Joest-Museum nach Köln ein. Etwa 150 Interessierte folgten dieser Einladung. Begrüßende Worte für das fachkundige Podium und alle Anwesenden fand Dr. Marcus Meier, Geschäftsführer der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V., und gab bereits erste Impulse für die anschließende Diskussion: In welchen Formen äußert sich Antisemitismus aktuell? Inwiefern ändern sich Artikulationsformen des Antisemitismus sowie Trägergruppen? Und vor allem: Mit welchen politischen und pädagogischen Strategien wirkt man Antisemitismus effizient entgegen?

Als Moderator der Veranstaltung eröffnete Joachim Frank, Chefkorrespondent des Kölner Stadtanzeigers, mit der einführenden Vorstellung einer Definition von Antisemitismus. „Der Antisemitismus“, so Frank in Anlehnung an die Arbeitsdefinition der EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia), „ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel, Antisemitismusforscherin und Leiterin des Fachgebietes Allgemeine Linguistik an der Technischen Universität Berlin, bewertete diese Definition grundsätzlich als gut, jedoch ließe sie außer Acht, dass Antisemitismus „kein Vorurteilssystem, sondern ein kulturhistorisch“ geprägtes Phänomen sei und keineswegs auf

Xenophobie zurückzuführen sei. Der Antisemitismus sei keine „induktive Übergeneralisierung“ in dem Sinne, dass einzelne Vorurteile in generalisierender und pauschalisierender Weise auf eine Gruppe von Menschen projiziert werden. Antisemitische Stereotype, so Schwarz-Friesel, seien rein fiktiv wie bspw. jene im antisemitischen Pamphlet „Die Protokolle der Weisen von Zion“. In diesem, Anfang des 20. Jahrhunderts erfunden Text finden sich Darstellungen zu

einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung. Theodor W. Adornos Einschätzung des Antisemitismus als „Gerücht über die Juden“ empfand Prof. Schwarz-Friesel hingegen als sehr passend, denn Antisemitismus beziehe sich nicht auf reale Jüdinnen und Juden, ihr tatsächliches Verhalten oder Sein.

Für Gert Weisskirchen, ehemaliger persönlicher Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Bekämpfung des Antisemitismus, bestand zudem ein Problem darin, dass die Begrifflichkeit des Antisemitismus immer die Frage nach Auslegungen aufwirft und einen gewissen Ermessensspielraum zulässt. Ab wann gilt beispielsweise eine Straftat als antisemitisch? Viele Straftaten würden – auch von der deutschen Justiz – häufig als ‚nicht antisemitisch‘ bewertet, sondern vielmehr als politisch motiviert, vordergründig z.B. als Äußerung von Kritik an der Politik Israels. Angeführt wurde das Beispiel eines Angriffs auf die Wuppertaler Synagoge 2014 mit einem Molotow-Cocktail – das zuständige Amtsgericht wertete diesen als ‚nicht antisemitisch‘, was von den Podiumsteilnehmer_innen stark kritisiert wurde.

Prof. Schwarz-Friesel forderte eine Abgrenzung von Antisemitismus und politisch legitimer Kritik am Staat Israel. Natürlich, so die Referentin, dürfe Kritik an der Politik Israels stattfinden, jedoch würde – teilweise auch durch die öffentlichen Medien – ein stark israelfeindliches Bild konstruiert, was mit der Realität nicht mehr korrespondiere. Exemplarisch führte sie hier als Beispiel die Aussage an, Israel sei ein Apartheidstaat. Schwarz-Friesel wagte eine Prognose: Selbst wenn zwischen Israel und Palästinenser_innen Frieden einkehren würde, wäre der Antisemitismus trotzdem nicht beseitigt.

Fabian Weißbarth, Public Affairs Coordinator des American Jewish Committee (Berlin), forderte, dass man sich rational mit der israelischen Politik auseinandersetzen solle. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass die gesellschaftliche Vielfalt des Landes Israel mehr wahrgenommen werden sollte.

Auf die Frage, was die Politik zur Bekämpfung von Antisemitismus präventiv tun könne, antwortete Fabian Weißbarth kritisch, dass der politische und gesellschaftliche Einsatz insgesamt noch unzureichend sei. Ein prominentes Beispiel hierfür sei, dass Anfang des Jahres 2015 ein Expert_innen-Arbeitskreis der neuen Antisemitismus-Kommission beim Bundesministerium des Innern tagte, jedoch keine jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus mit einbezogen wurden. Führende Wissenschaftler_innen und Antisemitismusexpert_innen haben die Zusammensetzung des Arbeitskreises stark kritisiert. Weißbarth forderte eine stärkere Dynamik in Politik und Zivilgesellschaft, sich mit der Problematik des Antisemitismus auseinander zu setzen. Die Referentin Schwarz-Friesel wies

zudem darauf hin, dass „empirische Fakten zeigen, dass kein Land der Welt in Deutschland so oft kritisiert wird, wie Israel.“ Die Datenerhebung zeige auch, dass sich auch in der medialen Berichterstattung immer wieder „verbal-antisemitische Floskeln“ wiederfinden lassen.

Der Moderator Joachim Frank warf das Thema ‚Antisemitismus im Internet‘ auf. Prof. Schwarz-Friesel wies zunächst darauf hin, dass es keine radikalen Neuheiten bzgl. des Antisemitismus im Internet gäbe. Vielmehr sah sie Konstanten hinsichtlich des Antisemitismus‘ besonders darin, dass – auf digitalen Plattformen geäußert oder über andere Medien transportiert – Jüdinnen und Juden im Antisemitismus „das Böse in der Welt“ verkörperten. Was sich im Zuge der Digitalisierung der Welt ändere sei, dass die Schnelligkeit und Quantität der Verbreitung von antisemitischen Parolen deutlich zunehme. Die vereinfachte Kommunikationsstruktur der modernen *social media* begünstige die Verbreitung von judenfeindlichen Äußerungen. Aktuell komme Antisemitismus hier wie auch andernorts häufig im Gewand sogenannter ‚Israelkritik‘ daher. Das Faktum der Anonymität im Raum des Internets spiele insgesamt eine entscheidende Rolle hinsichtlich der Bereitschaft, antisemitische Gedanken und Wahrnehmungen zu äußern. Die fehlende Sanktionierung dieser Feindlichkeit begünstige dies zusätzlich, so Schwarz-Friesel.

Gert Weisskirchen erachtete es in diesem Zusammenhang als wichtig, dass die führenden Medienkonzerne und Anbieter bspw. sozialer Medien eine gemeinsame Linie im Umgang mit sogenannten „hate-speeches“ finden. Könnte es eine Übereinkunft geben, dass solche Inhalte nicht mehr veröffentlicht werden?

Auf die Frage, in welchen gesellschaftlichen Schichten der Antisemitismus besonders verbreitet ist, antwortete die Referentin Schwarz-Friesel. Antisemitismus sei nie ein Randgruppenphänomen gewesen sei, sondern selbst in den gebildeten Schichten der Gesellschaft tief verankert. Schon bedeutsame Denker wie Theodor Fontane äußerten sich immer wieder antisemitisch, auch Georg Wilhelm Friedrich Hegel galt als Judenfeind. Hinsichtlich der Frage, welche

Ansätze in der Bildungsarbeit geleistet werden können, waren sich die Referent_innen größtenteils einig. Prof. Schwarz-Friesel vertrat diesbezüglich die Auffassung, dass der Antisemitismus etwas Einzigartiges in der Gesellschaft sei. Antisemitismus bestand und besteht stets aus irrationalen Stereotypen und Gerüchten. Fabian Weißbarth betonte, dass „NS-Bildung nicht Antisemitismus-Bildung“ ersetzen dürfe. Für Gert Weisskirchen sei ein notwendiges Mittel der Prävention „der ständige Kampf und Aufklärungsprozess“; bereits in den Schulen und bestimmten Foren müsse angesetzt werden, um die Problematik des Antisemitismus zu diskutieren.

In der anschließenden Diskussionsrunde wurde das brisante und in Köln vieldiskutierte Thema der „Kölner Klagemauer“ aufgeworfen, der mehrfach vorgeworfen wurde, den israelisch-palästinensischen Konflikt einseitig darzustellen und dabei auch Bilder zu verwenden, deren Gehalt als antisemitisch verstanden werden kann. Für Schwarz-Friesel stellte das Nicht-Handeln der Justiz gegen die Klagemauer ein „Versagen der Zivilgesellschaft und Politik“ dar, auch die Bezeichnung „Klagemauer“ empfand sie als zynisch.

Innerhalb dieses hochemotionalen Themas waren sich die Referent_innen dahingehend einig, dass eine Sensibilisierung aller gesellschaftlichen Schichten stattfinden und das Problem des Antisemitismus zukünftig dynamischer bekämpft werden muss. Die interessierten und facettenreichen Beiträge und Fragen aus der Publikumsdiskussion zeigten deutlich, dass die Podiumsteilnehmer_innen hinsichtlich der komplexen Thematik ‚Aktueller Antisemitismus und gesellschaftliche Gegenstrategien‘ viele wichtige Impulse zu geben im Stande waren. Sehr deutlich wurde zudem, dass die Beschäftigung mit Antisemitismus und gesellschaftlichen, politischen und pädagogischen Strategien gegen Antisemitismus in vielerlei Hinsicht auch in Zukunft ein wichtiges Thema bleiben muss.

Text: Leonie Kutz

Redaktion: Stefan Hößl,

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.

Martin Weinert, Friedrich-Ebert-Stiftung